

**DIE FREIE HANSESTADT
BREMEN
EINE POLITISCHE LANDESKUNDE**

Mit knapp 700 000 Einwohnern und einer Fläche von 420 km² bilden Bremen und Bremerhaven das kleinste der 16 Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland. Die mehr als 1200-jährige stolze Stadtgeschichte Bremens war dabei immer geprägt von der Weltoffenheit einer seefahrenden Kaufmannsstadt. Bedingt durch den Niedergang der Wertindustrie war die Stadt in der jüngeren Vergangenheit einem starken Strukturwandel ausgesetzt, dem sie sich durch die Ansiedlung neuer Betriebe u.a. der Auto-, Luftfahrt- und Raumfahrtindustrie gestellt hat. Das Klimahaus Bremerhaven und Betriebe der Windenergiebranche sind weitere Nachweise des Innovationspotentials. Der von Zeit zu Zeit in der öffentlichen Diskussion in Frage gestellten föderalen Leistungsfähigkeit der deutschen Stadtstaaten begegnet Bremen mit dem Verweis auf die Bedeutung für die umliegende Region und dem Beitrag der hanseatischen Tradition für die politische Kultur in Deutschland.

Inhalte und Themen (Auswahl, Änderungen vorbehalten):

- Bremen und Bremerhaven. Zwei Städte – ein Bundesland.
Gespräch in der Bürgerschaft zu aktuellen Fragen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- Stadtentwicklung und soziale Schichtung. Stadtrundgang mit StadtReisen Bremen
- Führung durch das Bremer Rathaus, UNESCO-Welterbestätte
- Bremerhaven - Führung durch das Klimahaus
- Bremerhaven - Produktionsstandort für erneuerbare Energie. Tour de Wind
- Überseestadt – ein Hafen im Wandel.
Führung durch eines der größten städtebaulichen Projekte Europas
- Betriebsbesichtigung bei Mercedes-Benz
- Wider das Vergessen. Führung durch den Gedenkort „Bunker Valentin“

Bildungsurlaub / Sonderurlaub:

Das Seminar ist nach dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz NRW und dem Saarländischen Bildungs- freistellungs- gesetz anerkannt und dient der politischen Weiterbildung im Sinne dieses Gesetzes. Weitere Einzelheiten erfragen Sie bitte beim DEP B.

Hinweis:

Für die Fußtouren und Rundgänge sollten Sie über eine ausreichende körperliche Kondition verfügen.

Leistungen:

- Fahrt im Komfort-Reisebus
- Busgestellung vor Ort
- 4 x Übernachtung / Frühstücksbuffet im **** Hotel-Courtyard by Marriott Bremen
- 3 x Halbpension im Hotel bzw. verschiedenen Restaurants
- Seminarprogramm, einschl. der ausgewiesenen Exkursionen, Eintritte, Besichtigungen
- Reisepreissicherungsschein
- Kulturförderabgabe
- DEP B Leitung

Veranstaltungsort	Bremen
Abfahrtsort	Saarbrücken
Termin	13.05. - 17.05.2019
Seminarleitung	Arndt Müller, DSTG Saar Johannes Wahlers, DEP B
Teilnehmerbeitrag	€ 475,00 DZ (ab 30 Teiln.) € 595,00 EZ (begrenzt verfügbar) € 35,00 Zuschuss für DSTG-Mitglieder (vom Landesverband)



WEIHNACHTSGRÜSSE

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wieder neigt sich ein aufregendes und stürmisches Jahr in der Finanzverwaltung dem Ende zu.

Die Zentralisierung der Körperschaftsteuerstellen, der Personengesellschaftsstellen, der Lohnsteuerarbeitgeberstellen, der Außendienststellen aus Neunkirchen und vieler begleitenden Stellen wurde im Frühjahr 2018 durchgeführt. Vieles hat sich dabei schwierig gestaltet. Nur durch das Engagement vieler Kolleginnen und Kollegen und durch Nachdruck der Personalräte auf allen Ebenen, wurden die Projekte gestemmt und Probleme im Nachgang behoben. Hier nochmals mein Dank an alle Beteiligten in den betroffenen Stellen. Die Zukunft wird zeigen, ob es gelingt, dass aus den zentralisierten Stellen eine Einheit wird. Ich würde mir dies wünschen.

Im Frühjahr 2018 mussten wir uns schon mit einem neuen Pilotprojekt beschäftigen, EdA – Erhöhung des Automationsgrades, welches dann Anfang Februar 2019 in St. Ingbert starten soll. Diesen Piloten werden wir über die zwei Jahre eng und konstruktiv begleiten. **Herausstellen möchte ich, dass es uns gelungen ist, durch lange Verhandlungen, die Eigenständigkeit der Finanzämter Merzig, St. Wendel und Homburg in ihrer jetzigen Struktur zu erhalten und gleichzeitig noch einige Verbesserungen auf den Weg zu bringen!**

Hierzu zählen unter anderem:

- A9 Stellen mittlerer Dienst, höherwertige Stellen für Tarifbeschäftigte, die Pilotierung der Telearbeit bis zu 40 % im Pilotprojekt EdA
- Ausbau und Erweiterung der Telearbeit im übrigen
- Einführung einer Kleiderpauschale für die Steuerfahndung analog der Polizei
- Schließung der Servicecenter Sulzbach und Völklingen außer am Dienstleistungstag
- Abschaltung der Kaskadenschaltung
- Erhöhung des Sonderbeförderungsbudgets auf 30.000 € für 2019 und 2020
- Aufhebung der 70%igen Kürzung des Trennungsgeldes für Anwärter

Eins ist klar, auch 2019 wird ein arbeitsreiches Jahr werden. Die Tarifverhandlungen stehen bereits in den Startlöchern und wir werden weiter viele Themen und Forderungen angehen und hoffen dabei auch auf eure Unterstützung.

Wir wünschen allen ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr 2019!

Julia von Oetinger-Witte
Landesvorsitzende

FROHE WEIHNACHTEN



Aufgrund der Berichterstattung in der Saarbrücker Zeitung, Ausgabe vom 22.11.2018 und 04.12.2018 hat die DSTG Saar ein Schreiben an den Finanzminister gesandt, deren Veröffentlichung wir uns vorbehalten haben.

Hier einige Auszüge:

....dem Zeitungsartikel über „Mehr Bewerber für Finanzämter“ in der Saarbrücker Zeitung muss der DSTG-Landesverband Saar im Grunde vehement widersprechen!

Einerseits ist es richtig, dass die Bewerberzahlen für das Jahr 2019 wieder gestiegen sind, andererseits haben die Einstellungszahlen aber rein gar nichts mit der Attraktivität der saarländischen Finanzverwaltung zu tun, wie es im Bericht von Ihrem Haus angeführt wird.

Die höheren Einstellungszahlen, welche wir begrüßen, sind, dies wissen Sie so gut wie wir, der hohen Personalnot geschuldet. Dies wurde in Ihren Ausführungen durch die dargelegten Abgänge auch so wiedergegeben.

Die Attraktivität leidet u. a. weiterhin unter den von uns schon mehrfach angeprangerten Tatsachen wie der schlechten Besoldung im Ranking zu den anderen Bundesländern, der Absenkung der Eingangsbesoldung im gehobenen Dienst und der niedrigen Eingangsbesoldung im mittleren Dienst.

In dem zuletzt genannten Punkt verwundert die DSTG insbesondere die Pauschalaussage im Bericht bei dem Verweis auf die übrigen Bundesländer. Sie selbst haben im Landtag den Vergleich zum Bundesland Schleswig-Holstein herangezogen und gerade dort wurde die Eingangsbesoldung im mittleren Dienst auf A 7 heraufgesetzt. Ebenfalls ist hier noch anzumerken, dass wir in der Finanzverwaltung zu diesem Vergleichsland auch keine bessere Personalausstattung haben.....

Die Erhöhung des Beförderungsbudgets in der Finanzverwaltung für 2019 und 2020, welche mittlerweile zugesagt wurde, ist sicherlich in unserem Interesse und ein richtiger und wichtiger Baustein für eine besser ausgestattete Zukunft für unser Personal.

Dies sind alles Themen, die im Grunde eine höhere Wertschätzung der Bediensteten betreffen.

Hier sind Sie als Ressortminister am Zug, um endlich das umzusetzen, was die Landesregierung und Ihre Fraktion seit dem Beginn der Konsolidierungsmaßnahmen den Beschäftigten zugesagt haben, nämlich wesentliche Verbesserungen im öffentlichen Dienst bei gleichzeitigem Stellenbau!

Des weiteren sei erwähnt, dass die von Ihnen aufgeführten verstärkten guten Werbemaßnahmen auch auf die Basis der engagierten Arbeit der Haupt- und Auszubildendenvertretung, welche aus der DSTG-Jugend besteht, und weiteren freiwilligen jungen Bediensteten zurück zu führen sind, was leider nicht erwähnt wurde!

Jedoch ist es nicht alleine mit der Anwerbung der Anwärter getan, sondern es muss in erster Linie auch gelingen, die jungen Nachwuchskräfte langfristig zu binden.

Es wäre wünschenswert, die Finanzverwaltung mit den von uns geforderten Maßnahmen attraktiver zu machen!

Die im Zeitungsbericht genannten Bewerberzahlen 2019 können wir so nicht nachvollziehen, da uns kein aktuelles Zahlenwerk dazu vorliegt.

Auf jeden Fall erwähnen möchten wir an dieser Stelle in Sachen Attraktivität der Ausbildung noch die Problematik bei der Reisekostenregelung der Anwärter bei Ausübung ihrer Ausbildung außerhalb ihres Ausbildungsfinanzamtes.

Das die Fahrten zu den Dienststellen außerhalb dieses Amtes zum Ausüben der Ausbildung keine Dienstreisen mehr darstellen und somit keine Reisekosten mehr gewährt werden, ist nicht hinnehmbar und muss schnellstmöglich im Sinne der Nachwuchskräfte geändert werden....

In den vergangenen Wochen hat die DSTG-Saar im Rahmen der Haushaltsberatungen mit den Fraktionen (CDU, SPD, Die LINKE) im Landtag Gespräche geführt und auf die Situation in der Steuerverwaltung hingewiesen. Dabei haben wir u. a. folgende Punkte und Themen angesprochen und gefordert:

- Stellenabbau in der Finanzverwaltung schon höher als vereinbart sowie höchste Abbau-Quote bisher aller Verwaltungen im Land.
- Attraktivität für Anwärter verbessern, insbesondere die so nicht hinnehmbare jetzige Reisekostenregelung bei Ausbildung außerhalb des Ausbildungsfinanzamtes.
- Bessere Besoldung der Landesbediensteten, vor allen Dingen die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten mit Hinweis auf einen Mindest- bzw. Sockelbetrag für die unteren Gehaltsgruppen.
- Aufhebung der Herabsetzung der Eingangsbesoldung im gehobenen Dienst A9
- Erhöhung der Eingangsbesoldung im mittleren Dienst ab A7 wie bereits in anderen Bundesländern umgesetzt bzw. geplant.
- Erhöhung des Sonderbeförderungsbudget für Finanzverwaltung in 2019 und 2020.
- Aufstiegsmöglichkeit für Angestellte in den mittleren Dienst analog Aufstiegsverfahren in den gehobenen Dienst..



BRANCHENTAG BEIM FINANZAMT SAARLOUIS

Erstmals hat die DSTG Saar in Zusammenarbeit mit dem dbb einen Branchentag im Saarland in der Steuerverwaltung ausgerichtet.

Die sehr gut besuchte Veranstaltung fand beim Finanzamt Saarlouis statt und wurde zur Vorbereitung der Forderungsfindung zu den anstehenden Tarifverhandlungen der Länder 2019 durchgeführt. Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarif und Beamtenbereich hatten dort die Gelegenheit zu den Themen Bezahlung, Gehalt, Entgeltgruppe, Wertschätzung etc. Stellung zu beziehen und zu diskutieren. Es wurden gemeinsame Vorschläge und Forderungen erarbeitet:

- 7% auf 12 Monate oder 10% auf 18 Monate
- 100,- € plus für Auszubildende und Anwärter
- Mindestbetrag für untere Gehaltsgruppen
- Stufengleicher Aufstieg
- Entgeltordnung modernisieren
- Zeitgleiche und systemgerechte Übertragung auf den Beamtenbereich

Wir hoffen, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen, aus dem Tarif - und Beamtenbereich, an den kommenden Kundgebungen zur Tarifrunde 2019 beteiligen, damit wir gemeinsam unsere wichtigen Forderungen bekräftigen.

